»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«
– Karl Marx

WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 14 10. Juni

Fabrik unter Arbeiter*innenkontrolle

Am letzten Samstag besuchte Raúl Godoy, wesentliche Figur der selbstverwalteten Keramikfabrik Zanon, zum Abschluß einer zweiwöchigen Rundreise durch Europa Berlin. Dort berichtete er über seine Erfahrungen und Erlebnisse im Kampf um die Arbeiter*innenkontrolle und versuchte, besonders auf Griechenland bezogen, weitere Ansätze für den internationalistischen Kampf aufzuzeigen. Er sprach vor knapp 120 Interessierten, um die Lehren aus dem beispielhaften Kampf bei Zanon zu ziehen.

Nun produziert die argentinische Keramikfabrik Zanon schon seit über zehn Jahren selbstverwaltet und ohne eine kapitalistische Struktur, weshalb sie auch als „Fabrik ohne Chefs" bezeichnet wird. Was wie eine schwärmerische Utopie klingt, ist im Gegenteil erfolgreiche Realität, was sich auch statistisch belegen lässt: So gab es etwa seit der Besetzung im Jahr 2001 keine ernsthaften Arbeitsunfälle, während in der Vorzeit von 1979 bis 2001 etwa 25 Arbeitsunfälle pro Monat (!) geschahen. Die ehemals sehr harten Arbeitsbedingungen, wie Godoy, der seit knapp 20 Jahren dort arbeitet, berichtete, hatten auch zu 14 Toten geführt. Ebenso wurde infolge des Kampfes der 8 Stunden-Tag mit gleichem Lohn für alle durchgesetzt, im Gegensatz zum ehemaligen 14 Stunden-Tag.

Doch wie kann solch ein Erfolgsmodell überhaupt funktionieren, während „vor dem Tor ein kapitalistisches System in der Krise herrscht"? Wie konnten die Arbeiter*innen die Produktionsmittel an sich reißen? Godoy berichtete, dass es zunächst massive Repressionen seitens der Unternehmer*innen gab, wodurch die anfängliche Organisierung der Arbeiter*innenschaft sehr schwer war. Und doch war es einfacher als erwartet: Ein kleiner politischer Kern um Godoy – der selbst Anführer in der Partei Sozialistischer Arbeiter*innen (PTS) ist – fing an, Grillfeste und Fussballturniere zu veranstalten, wodurch man



Zanon trifft Vio.Me

außerhalb der Augen der Chefs Kontakte knüpfen und die weitere Strategie herausarbeiten konnte, also eine wichtige Vorarbeit leistete, die nützlich war, als die Fabrik im Zuge der Krise in Argentinien 2001 geschlossen werden sollte. So gelang es, auch mit der solidarischen Hilfe von Studierenden, Arbeitslosen und Bündnissen von anderen besetzten Betrieben, die Kontrolle über die Fabrik zu übernehmen.

Damit befanden sie sich in einer ähnlichen Situation wie heute die Arbeiter*innen der griechischen Baustofffabrik Vio.Me, in der 38 Arbeiter*innen seit drei Monaten selbst produzieren. Zanon kann als Vorbild für die griechischen Genoss*innen dienen, denn entgegen einiger Einwendungen, wonach Zanon „nur" ein besonderer Ausdruck und Ergebnis der argentinischen Krise von 2001 ist, lässt sich feststellen, dass das Modell Zanon Teil einer revolutionären Antwort auf die Krise ist. Es ist dies der Grund, weshalb der Vortrag Godoys vor eben jenen Arbeiter*innen in Thessaloniki eine große Bedeutung hatte.

Nichtsdestotrotz hängt die weitere Zukunft Zanons natürlich von der weltweiten klassenkämpferischen Arbeiter*innenklasse ab, weshalb die Fabrik niemals ein Selbstzweck, sondern eher ein „Schützengraben" ist, aus welchem weitere Kämpfe wie diese mit dem gleichen Ergebnis geführt werden müssen. Damit Zanon nicht eine „sozialistische Insel im kapitalistischen Meer" ist, wird von dort die Verbindung mit Kämpfen über die Fabrik hinaus gesucht. Damit diese Kämpfe erfolgreich bestritten werden können, ist auch der Aufbau einer revolutionären Partei notwendig, damit diese die Perspektive einer sozialistischen Revolution aufzeigen kann.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

jeden zweiten Mittwoch um 19 Uhr im Café Commune (Reichenberger Str. 157)

19. Juni: Venezuela nach Chávez
14 Jahre lang führte Hugo Chávez eine „Bolivarische Revolution" in Venezuela an. Was passiert mit dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" nach dem Tod des Präsidenten? Handelt es sich überhaupt um Sozialismus oder eher um einen linken Bonapartismus?

Ein Wochenende des Widerstandes

Am ersten Juni-Wochenende kam es in der Türkei zu massiven und andauernden Protesten gegen die Regierung, die mit einer schonungslosen Welle der Repression antwortete. Gleichzeitig demonstrierten Tausende in Spanien und Portugal gegen die europäische Austeritätspolitik.

Auch in Frankfurt am Main gab es Proteste gegen die herrschende Krisenpolitik: Bis zu 20.000 Menschen kamen zu den Aktionstagen von „Blockupy". Am Freitag protestierten sie unter anderem am Flughafen gegen Abschiebungen, in der Fußgängerzone zur Unterstützung der Warnstreiks im Einzelhandel und mit einem Caremob gegen die Krise der Reproduktionsarbeit. Vor allem blockierten sie den Geschäftsbetrieb im Bankenviertel und vor der Europäischen Zentralbank, als Vertreterin der Troika. Der Protest gegen die Spardiktate in Südeuropa wurde dabei immer wieder mit der Kritik der permanenten Zumutungen des Kapitalismus gekoppelt. Am Samstag fand dann eine Demonstration statt, die aufs brutalste von der Polizei angegriffen wurde.

Die Repression, denen die Aktivist*innen in Frankfurt und anderswo ausgesetzt waren und sind, zeigt deutlich den repressiven Charakter des kapitalistischen Staates, dessen Aufgabe es ist, die Interessen einer Minderheit durchzusetzten – wenn nötig auch mit Gewalt. Damit stoßen die Aktivist*innen auch auf die Notwendigkeit, den Protesten noch mehr als bisher einen Klasseninhalt zu geben: Konkret bedeutet dies, wie es im Ansatz schon bei der Aktion in der Fußgängerzone zu beobachten war, eine Verbindung mit den Arbeiter*innen und ihren Organisationen zu etablieren und mit ihnen eine programmatische Debatte zu führen, die mehr als nur ein Defensivkampf ist, um eine wahrhaft revolutionäre Kraft entwickeln zu können.

Herausgegeben von RIO und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ABC des Marxismus

N wie Nationalisierung

In der letzten Ausgabe schrieben wir über unsere Ablehnung der Marktwirtschaft. Marxist*innen schlagen dieser Produktionsweise entgegen eine Planwirtschaft vor. Diese fällt nicht vom Himmel, sondern muss geschaffen werden. Aber wie?

Erst müssen zumindest zentrale Sektoren der Wirtschaft dem privaten Kapital entrissen werden und in staatliches Eigentum übergehen. Dabei kann es eine Forderung sein, dass diese Verstaatlichung schon vom bürgerlichen Staat durchgeführt wird – aber nur, wenn die Kontrolle der Produktion von den Beschäftigten ausgeübt wird. Eine allgemeine Nationalisierung der Wirtschaft kann nur von einer Regierung der Arbeiter*innen selbst ausgehen.

Eine solche nationalisierte Wirtschaft wird nun staatlich organisiert; sie ist also eine Planwirtschaft. Nur so können die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden – ein Markt stillt nur Bedürfnisse, die mit Kaufkraft zusammenfallen.

Aber hat das nicht in der Sowjetunion versagt? In der Sowjetunion während und nach Stalin wurde ein Plan von einer bürokratischen Kaste nach eigenem Gutdünken aufgestellt und nach unten kommandiert. Ein solcher Plan kann die Bedürfnisse der Konsument*innen nicht berücksichtigen.

Wie ginge es besser? Durch die Demokratie der Arbeitenden durch Räte, die von der Basis in den Betrieben bis hin zur staatlichen Ebene aufgebaut sind. Ein allgemeiner Plan bestimmt die Richtung der Produktion, die konkrete Ausführung wird an der Basis direkt in Versammlungen oder durch kontrollierbare Delegierte bestimmt.

Eine solche demokratische Wirtschaft würde nicht nur die Auswüchse der bürokratischen Planwirtschaft in der stalinisierten Sowjetunion vermeiden, sie würde auch die Krisen des Marktes überwinden.



NPA in der Krise

Die „Neue Antikapitalistische Partei" (NPA) in Frankreich wurde seit ihrer Gründung von vielen Linken, so z. B. in Deutschland beim Prozess für eine „Neue Antikapitalistische Organisation" (NAO), als Vorbild angesehen. Leider handelt es sich bei genauerem Hinsehen nicht um eine Erfolgsgeschichte. Anstatt sich in der verschärften Krise auf die Unterstützung und Zusammenführung der Kämpfe der Arbeiter*innen zu konzentrieren, hat die NPA vor allem mit inneren Spannungen zu kämpfen.

Ursachen dafür dürften bereits in der Gründungsidee zu zu finden sein: Im Jahr 2009 löste sich die „Ligue communiste révolutionnaire" (LCR) auf, um die NPA zu gründen. Anstatt weiter für klare, revolutionär-marxistische Positionen zu kämpfen, wollte sie mit einem „breiten" antikapitalistischen Programm mehr Wähler*innen gewinnen. Während anfangs bis zu 10.000 Menschen dem Gründungsaufruf folgten, zählt die Partei vier Jahre später weniger als 2.000 aktive Mitglieder. Nur ein Bruchteil von ihnen kämpft für eine klare Orientierung auf die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus. Weite Teile beschränken sich auf diffusen Antikapitalismus oder treten sogar für eine Unterstützung des Links-Reformisten Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen ein.

Die programmatische Schwammigkeit der Partei entpuppt sich so nicht als ihre Stärke (wie die LCR argumentiert hatte), sondern als ihre Schwäche, denn ohne ein entschiedenes Programm für die steigenden sozialen Auseinandersetzungen bleibt die Partei ohnmächtig gegenüber den Versuchen der Reformist*innen, die Radikalisierungstendenzen zu bremsen.

WAFFENDER**KRITIK** wird auf offenen Treffen erarbeitet:
An der **FU Berlin** jeden **Donnerstag** um **16 Uhr** im Foyer vor der Mensa II (Silberlaube).
An der **Uni Potsdam** jeden **Donnerstag** um **18 Uhr** am Campus Griebnitzsee vor dem Mensaeingang im Haus 6.
In **München** jeden 1. und 3. **Sonntag** im Monat um 17 Uhr in der „StuVe" (Leopoldstraße 15 / Vordereingang).
Sprecht uns an oder schreibt uns: ✉ **waffenderkritik@riseup.net**

Für einen klassenkämpferischen Feminismus!

Brot und Rosen

Für Frauenkommissionen

Der Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und der Frauenunterdrückung wird unter linken Studierenden kaum bezweifelt. Denn arbeitende Frauen müssen nicht nur ihre eigene Arbeitskraft verkaufen, sondern darüber hinaus – unentgeltlich – die Arbeitskraft ihrer Familien produzieren und reproduzieren. Davon profitieren die Kapitalbesitzer*innen. Nur der Klassenkampf kann zur kompletten Überwindung der Frauenunterdrückung führen. Aber wie kann der Kampf für Frauenrechte schon heute mit dem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung verbunden werden?

In Argentinien sehen wir in den Betrieben, wo klassenkämpferische Gewerkschaftsströmungen stark sind, auch besondere Frauenkommissionen. Sie setzen sich für die besonderen Belange der Frauen ein: gegen sexuelle Belästigung (auch durch die Chefs), für kostenlose Kinderbetreuung usw. Gleichzeitig treten sie innerhalb der Gewerkschaft für die Rechte der Frauen ein, und stärken somit die Einheit der Belegschaft.

„In Zanon gibt es keinen ‚neuen Menschen'", hatte Raúl Godoy, Arbeiter aus der besetzten Keramikfabrik in Argentinien, auf einer Veranstaltung in Berlin berichtet. „Es gibt noch *machismo* und Sexismus sowie Vorurteile gegen die Jugend." Denn auch wenn die Fabrik seit über zehn Jahren demokratisch von den Arbeiter*innen verwaltet wird dringt die kapitalistische Ideologie auf tausend Wegen ein.

Aber bei Zanon gibt es eine starke Frauenkommission, die die besonderen Probleme der arbeitenden Frauen in der Versammlung ansprechen kann. Die besondere Unterdrückung der Frau wird erst dann verschwinden, wenn ihre gesellschaftliche Grundlage – das Privateigentum an Produktionsmitteln – abgeschafft wird. Doch das bedeutet nicht, dass wir mit gekreuzten Armen auf die Revolution warten können. Im Gegenteil ist der alltägliche Kampf gegen Sexismus, auch in der Arbeiter*innenbewegung und der Linken, eine Voraussetzung für eine starke revolutionäre Bewegung.

Herausgegeben von RIO und unabhängigen Studierenden
ViSdP: R. Müller, Hamburg
WAFFENDER**KRITIK**.WORDPRESS.COM